



Bundesamt für  
Verfassungsschutz



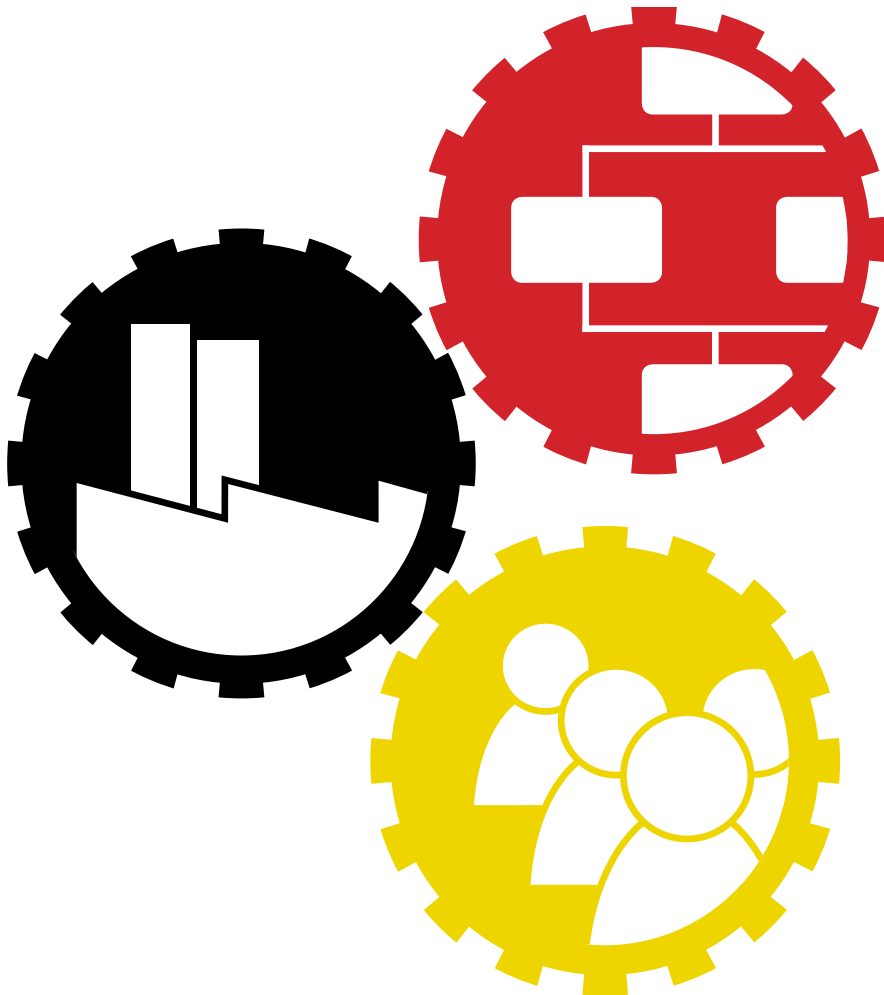
Bundesamt  
für Sicherheit in der  
Informationstechnik



Bundesverband

# Wirtschaftsgrundschutz

Baustein ÜA3 Notfallmanagement



# 1

## Relevanzentscheidung für diesen Baustein

1. Gelten **rechtliche Auflagen** oder **branchenspezifische Regularien** oder **anderweitige Vorgaben**, die ein Notfallmanagement erforderlich machen oder bei denen ein Notfallmanagement zur Erfüllung von Vorgaben unterstützen kann?
2. **Fordern Kunden und Geschäftspartner** ein **angemessenes Risikomanagement** oder explizit Maßnahmen zur **Notfallvorsorge, Ausfallsicherheit oder Notfallbewältigung**?
3. **Arbeitet die Institution mit gefährlichen Gütern oder befinden sich solche in unmittelbarer Umgebung**?
4. Besteht eine **hohe Abhängigkeit zu einzelnen Standorten oder Gebäudekomplexen**, die bei einem Ausfall einen „hohen bis sehr hohen“ Schaden verursachen könnten?
5. **Unterliegt die Leitung** der Institution etwaigen **persönlichen Haftungsrisiken**, z. B. aufgrund eines Organisationsverschuldens?

**Notfallmanagement** ist die **zweite Eskalationsstufe** des im Wirtschaftsgrundschutzstandard 2000-3 dargestellten Mehr-Ebenen-Prinzips innerhalb des **Reaktionsmanagements** zum **angemessenen Umgang mit** den vielfältigen **Gefährdungen** der Institution. Es wird ergänzt durch ein angemessenes **Krisenmanagement**<sup>1</sup> als dritte und letzte Eskalationsstufe.

**Notfälle** zeichnen sich durch eine gewisse Planbarkeit im Vorfeld aus. Dies ermöglicht es der Institution, **sich systematisch** auf Notfälle **vorzubereiten** und **Verfahrensweisen für deren Bewältigung** zu

Einordnung in Eskalationsstruktur

<sup>1</sup> Vergleiche Baustein ÜA4 Krisenmanagement.

definieren. Mit der Anwendung dieses Bausteins wird unter anderem eine **schnelle und strukturierte Handlungsfähigkeit** der Institution sichergestellt, um das **Schadensausmaß im Notfall zu begrenzen** und die Institution vor weiterem Schaden durch eine unkontrolliert eskalierende Situation zu schützen.

Dieser Baustein richtet sich an die **Leitung** der Institution, die die **Gesamtverantwortung für ein Reaktionsmanagement** als zentrales Element in einem **modernen Risikomanagement** trägt.

Des Weiteren werden die Rollen in der Institution angesprochen, die für die Implementierung eines auf die Bedürfnisse der Institution abgestimmten Notfallmanagements einschließlich der Kontinuitätsplanung zur Aufrechterhaltung zeitkritischer Geschäftsprozesse (auch „Business Continuity Management“ genannt) verantwortlich sind.

Der Baustein liefert eine allgemeine **Orientierungshilfe für den Aufbau**, die **Optimierung und die Weiterentwicklung einer Aufbau- und Ablauforganisation** zur Bewältigung von Notfällen. Im **Fokus** des Bausteins stehen dabei vor allem die **operativen Reaktionen auf einen Notfall**, der Leib und Leben von Personen, materielle Vermögenswerte der Institution oder das Umfeld bzw. die Umwelt bedroht.

inhaltlicher Fokus  
dieses Bausteins

# 2

## Beschreibung

Ein Notfall<sup>2</sup> ist ein **Schadensereignis, bei dem Prozesse oder Ressourcen** der Institution **nicht** wie vorgesehen **funktionieren oder** in ihrer **Funktion bedroht** werden. Die Verfügbarkeit der entsprechenden Prozesse oder Ressourcen kann zudem innerhalb einer geforderten Zeit nicht wiederhergestellt werden. Dadurch entsteht eine **starke Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs**.

Das hier beschriebene Notfallmanagement steuert die dringend **notwendigen Sofortmaßnahmen** zum Schutz von Leib und Leben. Ebenso steuert es die Maßnahmen zur Begrenzung des Schadens und zum weiteren Schutz der Werte der Institution.

Im Fokus dieses themenspezifischen Bausteins stehen primär die taktisch-operativen Aspekte (siehe markierter Bereich in der folgenden Abbildung 1) in der ersten Phase der Notfallbewältigung.

Ein ganzheitliches Business Continuity Management (BCM) betrachtet den gesamten Notfallmanagementprozess von der Notfallvorsorge bis hin zur Notfalloachsorge. Dabei betrachtet es die folgenden Ausfallszenarien:

- Ausfall des Standorts/der Infrastruktur
- Ausfall von Personal
- Ausfall von Dienstleistern
- Ausfall von IT- und Kommunikationstechniken

Definition Notfall

Abgrenzung zum  
Kontinuitätsmanagement

<sup>2</sup>Vergleiche ergänzend Glossar Wirtschaftsgrundschutz.

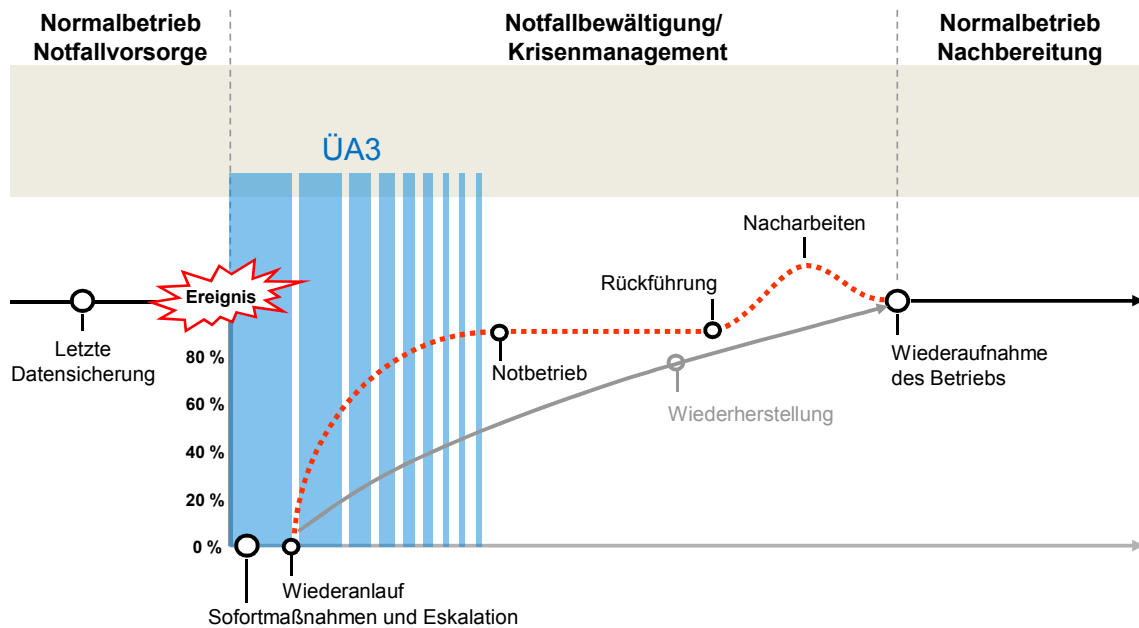


Abbildung 1: Phasen der Notfallbewältigung mit dem primären Fokus des Bausteins ÜA3 Notfallmanagement

Die beschriebenen Notfallbewältigungsmaßnahmen in diesem Baustein beziehen sich auf die Ausfallsszenarien (Ausfall Standort, Ausfall von Personal und Ausfall von Dienstleistern). Die darüber hinaus notwendigen Prozesse und Maßnahmen eines ganzheitlichen Notfallmanagements oder Business Continuity Managements sind dem BSI-Standard 100-4 Notfallmanagement zu entnehmen. In diesem sind auch umfassende Maßnahmen und Empfehlungen zu dem hier nicht betrachteten Ausfallszenario IT- und Kommunikationstechnik dokumentiert.

Reichen die durch das Notfallmanagement eingeleiteten ersten Maßnahmen zur Bewältigung nicht aus und droht eine **weitere Eskalation**<sup>3</sup> des Vorfalls oder ist diese bereits eingetreten, wird aus dem Notfallmanagement heraus das **Krisenmanagement** aktiviert. In der Regel ist das **Notfallmanagement lokal an einem Standort** zu betreiben, da viele potentielle Vorfälle standortspezifisch auftreten. Es wird empfohlen, dies im Rahmen der Organisationsplanung zu berücksichtigen.

Im Rahmen des hier beschriebenen Notfallmanagements zum Schutz von Leib und Leben sowie von materiellen Werten der Institution

Einbettung in ein ganzheitliches Business Continuity Management/Notfallmanagement

<sup>3</sup> Z.B. durch tatsächlichen Personenschaden, Presseberichte, nachhaltigen Ausfall von Gebäudeinfrastruktur o.ä.

werden keine planerischen Tätigkeiten für die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit ausgeführt, wie sie in einem vollständigen BCM enthalten sind. Es werden hingegen die **im Rahmen der Prävention erstellten Notfallpläne** angewendet. Die in den Notfallplänen beschriebenen Ressourcen zur Bewältigung bündelt die Institution in einer zentralen Führung im Notfallmanagement und koordiniert so die jeweils notwendigen Maßnahmen. Die **Notfallorganisation steuert somit alle reaktiven Aktivitäten**, die nach Feststellen eines Notfalls zu initiieren sind.

Aufgrund der **hohen Dynamik** und der **potentiellen Schäden** erfordert die Bewältigung eines Notfalls eine **gesonderte Bewältigungsorganisation**, die bei Bedarf aktiviert wird. Diese Notfallorganisation wird mit einer eigenen Dokumentation (Regelwerke und Notfallhandbuch) unterstützt.

Um hierfür die notwendige **Grundlage eines institutionsweiten Handelns zu schaffen**, ist die **Leitung der Institution** für das Notfallmanagement **verantwortlich**. Sie kann hierfür eine verantwortliche Rolle für die Umsetzung und Aufrechterhaltung benennen.

Die Bewältigung erfordert oftmals eine **enge Zusammenarbeit zwischen dem Vorfall-, dem Notfall- und dem Krisenmanagement**. Die entwickelten Verfahren und Strukturen stimmt die Institution daher aufeinander ab.

Verantwortung  
der Leitung

Schnittstellen

# 3 Gefährdungslage

Institutionen sind **unterschiedlichen Gefährdungen** ausgesetzt, die **auf interne oder externe Ereignisse zurückzuführen** sind. Dabei müssen diese Vorfälle nicht sofort die definierten Indikatoren oder Schwellenwerte eines Notfalls überschreiten, sondern können auch schleichend aus einzelnen oder mehreren Sicherheitsvorfällen entstehen. Ab einem – im Vorfeld zu bestimmenden – Schadensausmaß ist die Bewältigung nicht mehr im allgemeinen Tagesgeschäft der Fachbereiche möglich. Spätestens zu diesem Zeitpunkt entsteht der Bedarf einer Eskalation an das Notfallmanagement.

In der Praxis haben die **folgenden Gefährdungen** besonders **häufig** zu **Situationen** geführt, in denen ein **reaktives Notfallmanagement aktiv** wird. Die anschließend aufgeführten Maßnahmen sind dementsprechend so ausgelegt, dass sie in ihrer Gesamtheit zur Bewältigung dieser potentiellen Gefährdungen geeignet sind.

- G 1 Feuer
- G 2 Naturkatastrophen
- G 3 Räumung/Evakuierung
- G 4 Personenschäden
- G 5 Erheblicher Gebäudeschaden
- G 6 Ausfall technischer Ressourcen bzw. kritischer Infrastrukturen in erheblichem Ausmaß
- G 7 Ausfall oder Störung von Dienstleistern
- G 8 Rettungseinsatz
- G 9 Sabotage, Anschlag, Vandalismus
- G 10 Bombendrohung

# 4 Maßnahmen

Das **Notfallmanagement** ist die **unabdingbare Voraussetzung für die Abwehr akuter Gefahren**. Es ist hierbei in das Reaktionsmanagement der Institution integriert.

Als **Grundlage** steht ein **Prozessmodell** zur Verfügung, das die zu implementierenden **Verfahrensweisen** und **Methoden zur Konzeption, zur Umsetzung und zum Betrieb** des gesamten Reaktionsmanagements, und hier im Besonderen des **Notfallmanagements**, abbildet.

Im Rahmen der Definition der **Notfallorganisation** werden **alle notwendigen Gremien, Stellen und Personen** in der Institution **identifiziert**. Weiterhin werden die **Anforderungen** an die Infrastruktur für die **Wahrnehmung der Aufgaben** der Notfallorganisation **definiert**. Schließlich werden die spezifischen **Vorgehensweisen und Methoden**, die die Notfallorganisation anwenden soll, **festgelegt**. Abschließend werden für **die zugrundeliegenden Inhalte, Regelungen und Konzepte** geeignete **Schulungs- und Übungsmaßnahmen definiert**, um die Handlungsfähigkeit und die kontinuierliche Weiterentwicklung der Notfallorganisation zu gewährleisten.

Die **Maßnahmen** folgen hierbei dem **Plan-Do-Check-Act-Regelkreis** und unterteilen sich in diese **drei wesentlichen Prozessblöcke**:

1. Führungsprozess
2. Betriebsprozess (Planung, Umsetzung, Überprüfung, Verbesserung)
3. Berichts-/Kontrollwesen

Notfallmanagementprozess

Vorgehen zur Definition der Notfallorganisation



Abbildung 2 stellt dies grafisch dar.

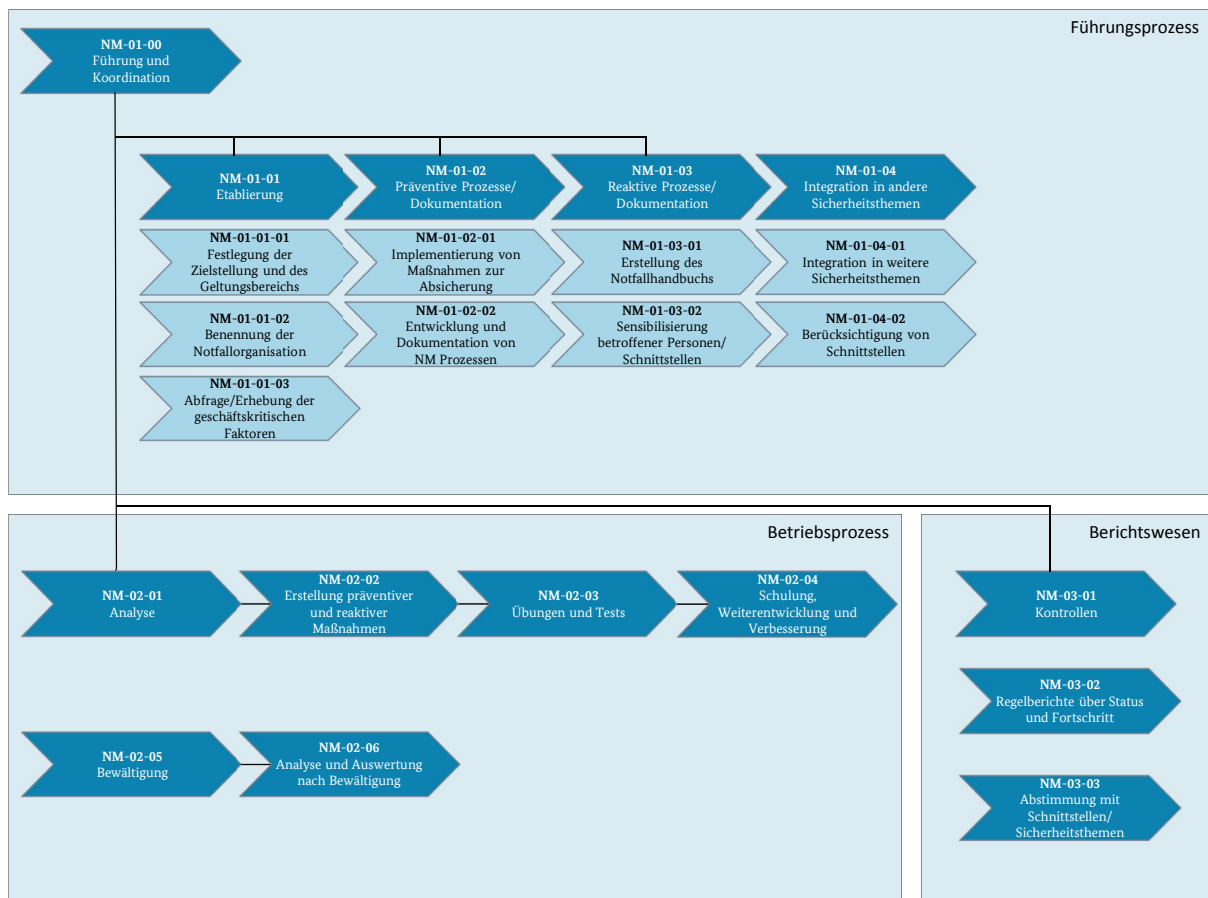


Abbildung 2: Prozessdiagramm Notfallmanagement

Die **Maßnahmen** dieses Bausteins sind in **drei Kategorien** eingeteilt. Sie richten sich nach dem **erforderlichen Detailgrad** bzw. der **gewünschten Ausprägung** (siehe Relevanzentscheidung) auf Basis der Anwendungsentscheidung gemäß Standard 2000-1:

**A-Kategorie – Basismaßnahmen:** unabdingbarer Wirtschaftsschutz

**B-Kategorie – Standardmaßnahmen:** vollständiger Wirtschaftsschutz

**C-Kategorie – erweiterte Maßnahmen:** erweiterter Schutz bei hohem Risikopotential

Maßnahmenkategorien

### M 1 Identifizieren der Gefährdungen mit besonderem Notfallpotential (A)

Die **Institution** analysiert im Rahmen des Risikomanagements<sup>4</sup> oder anderer Sicherheitsprozesse die geschäftskritischen Faktoren, die **als Anforderung** für die Entwicklung und Umsetzung der **Notfallorganisation** gelten. Hierbei werden die **Prozesse und Ressourcen definiert**, die durch die verantwortlichen Geschäftsbereiche der Institution besonders **abzusichern** sind.

Falls **keine Analysen mit einem vergleichbaren Ergebnis vorliegen**, ist durch die Leitung eine entsprechende Analyse der geschäftskritischen Faktoren, z. B. durch eine Business Impact Analyse, zu initiieren.

Aufgabe der Institutionsleitung

### M 2 Definieren einer geeigneten Notfallorganisation (A)

Notfälle bewältigt die Institution mit einer **geeigneten Organisationsstruktur**. Diese führt die erforderlichen und in den Notfallplänen beschriebenen Teams zusammen und **steuert** so den **Bewältigungsprozess**. Sie **koordiniert** damit **alle Aktivitäten** im Rahmen des Notfallmanagements.

Aufgrund der in ihrer Ausprägung **sehr verschiedenen potentiellen Szenarien** sowie der oftmals **lokal auftretenden Ereignisse** berücksichtigt die Institution dies mit einer **flexiblen Organisationsstruktur**, bspw. durch zentrale Führung und lokale Umsetzung.

Die Institution **integriert** die **Notfallorganisation** in das **institutionsweite Reaktionsmanagement** und stellt ein reibungsfreies Zusammenwirken, ggf. standortübergreifend, sicher.

Die **Leitung** der Institution **benennt** eine **verantwortliche Person** für die Definition und Beschreibung der Notfallorganisation. Sie gibt die Notfallorganisation anschließend frei und unterstützt den Wissensaufbau zur Umsetzung des Notfallmanagements.

Aufgabe der Institutionsleitung

<sup>4</sup> Risikoanalyse als Teil des (Sicherheits-)Risikomanagements der Institution.

### M 3 Erstellen eines Notfallhandbuchs (A)

Das Notfallhandbuch beinhaltet und definiert die wesentlichen Aspekte zur Bewältigung von Notfällen.

Unter Berücksichtigung der geplanten Ausprägung beinhaltet das Notfallhandbuch mindestens folgende Inhalte:

1. **Geltungsbereich und Ziele**
2. **Definitionen**
3. **Rollen, Verantwortlichkeiten & Kompetenzen**
4. **Alarmierungs- und Eskalationswege**
5. **im Notfall zu berücksichtigende Schnittstellen**
6. **Notfalltreffpunkte und benötigte Ressourcen**
7. **Notfallpläne**
8. **Notfallkommunikation**
9. **ergänzende Informationen und Pläne**

Das Notfallhandbuch dient als Quelle für alle reaktiven Prozesse und Maßnahmen und unterstützt somit das Reaktionsmanagement, indem es eine **schnelle Reaktion** im Notfall sicherstellt.

Die Maßnahmen sind entweder direkt im Notfallhandbuch zu dokumentieren oder über Verweise zu den entsprechenden Quellen zu referenzieren.

Die **Leitung** der Institution **benennt** eine **verantwortliche Person** für die Erstellung des Notfallhandbuchs.

### M 4 Erstellen von Notfallplänen (A)

Notfallpläne entstehen grundsätzlich in **Verantwortung des** jeweiligen **Geschäftsbereichs**, der für die betroffene Ressource – z. B. ein Gebäude – zuständig ist.

Für die im Rahmen der Maßnahme M 1 identifizierten Risiken, die nicht eindeutig einem Geschäftsbereich zuzuordnen sind, ist durch die **Institution** eine **verantwortliche Stelle**, bspw. ein **Notfallmanager**, zu **benennen**.

Inhalte des  
Notfallhandbuchs

Aufgabe der Institutions-  
leitung

Die **Notfallpläne** sammelt die Institution **in** ihrem **Notfallhandbuch** und stellt sie so der Notfallorganisation zur Verfügung.

Der **Notfallplan** stellt die erforderlichen **Informationen und Vorgehensweisen** zusammen. Nachfolgend sind einige Aspekte beispielhaft aufgeführt:

- a. **Erstmaßnahmen**
- b. **Notfallprozeduren**
- c. **Informationspflichten**
- d. **Notfallteam und weitere Ansprechpartner**
- e. **alternative Vorgehensweisen bei Ausfall der kritischen Ressourcen**
- f. **Mitwirkungs- und Meldepflichten**
- g. **Eskalationsparameter**
- h. **erforderliche Ressourcen**
- i. **Deeskalation und Rückführung**
- j. **Anweisungen zur Kommunikation**

Der **Notfallplan** ist für Notfallsituationen zu erstellen. Die Einsatzorientierung des Notfallplans wird durch einen **logischen und interpretationsfreien Aufbau**, eine **klare Struktur** und die **Verwendung von Checklisten, Ablaufdiagrammen** usw. erreicht. Der Notfallplan **unterscheidet sich** dadurch von originären Anweisungs- und Beschreibungsdokumenten.

#### **M 5 Erstellen von Notfallprozeduren (C)**

**Notfallprozeduren strukturieren** das **Vorgehen** in einem spezifischen Notfall **mit** einem **eindeutigen Ablaufplan**. Sie ergänzen damit die Notfallpläne für spezifische Szenarien.

Die **Institution definiert** die **Szenarien**, für die Notfallprozeduren festgelegt werden. Diese können bspw. sein:

- a. **Bombendrohung**
- b. **Feueralarm**
- c. **medizinischer Notfall**
- d. **Stromausfall**

Inhalte Notfallplan

Zielstellung und Aufbau des Notfallplans

Notfallprozeduren zur Bewältigung bestimmter Szenarien

- e. **Wasserschaden**
- f. **Wetterereignis (Sturm, Schnee o. ä.)**

### M 6 Erstellen eines Alarmierungskonzepts und Alarmierungsplans (B)

Das **Alarmierungskonzept** beschreibt den **Ablauf der Alarmierung** der Mitglieder der Notfallorganisation oder weiterer Beteiligter.

Der **Alarmierungsplan** stellt die **einzelnen Schritte** in der Alarmierung schematisch dar. Im Alarmierungsplan sind daher **für jeden Zustand** aus der Lagebeurteilung (bspw. Vorfall, Notfall, Krise) die erforderlichen **Einheiten** der jeweiligen Organisation und die relevanten **Kontaktdaten** der zu alarmierenden Personen **hinterlegt**. Neben den geschäftlichen Kontaktdaten sollten an dieser Stelle auch private Kontaktdaten, unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an die Vertraulichkeit dieser Informationen, aufgeführt werden.

Der **Alarmierungsplan enthält spezifische Abläufe** für dedizierte Szenarien im Notfallmanagement, bspw. dokumentiert er die Alarmierungswege für die Räumung eines Standorts.

### M 7 Bereitstellen ergänzender Informationen und Pläne (B)

Die **ergänzenden Informationen und Pläne unterstützen** die **Notfallorganisation** in ihrer aktiven Arbeit. Sie helfen, eine **Lage besser einzuschätzen und zu bewältigen**. Die ergänzenden Informationen **definiert die Institution** und stellt sie **im Notfallhandbuch** zur Verfügung. Zu den möglichen ergänzenden Inhalten zählen unter anderem:

- a. **Standort- und Gebäudepläne**
- b. **Infrastrukturpläne**
- c. **Räumungspläne**
- d. **Kontaktlisten von**
  - I. **Dienstleistern**
  - II. **Einsatzkräften & Rettungsdiensten**
  - III. **Ersthelfern**
  - IV. **Fachspezialisten (intern/extern)**
  - V. **Psychologen und Seelsorgern**

Alarmierungskonzept

Alarmierungsplan

unterstützende Informationen  
und Pläne zur  
Notfallbewältigung

## VI. Räumungshelfern

## VII. Vermietern oder Verwalten gemieteter Gebäude

Kontaktlisten und Pläne sind regelmäßig, mindestens halbjährlich, auf Aktualität zu überprüfen.

### M 8 Bereitstellen aller notwendigen Vorlagen und Werkzeuge (C)

Vorlagen und Werkzeuge **unterstützen** die **Abläufe** und die Arbeit **in der Notfallorganisation**.

Die Vorlagen und Werkzeuge, die im Rahmen des Notfallmanagements von Relevanz sein können, identifiziert die Institution im Rahmen der Prävention. Zu den möglichen ergänzenden Inhalten zählen unter anderem die folgenden Bestandteile:

- a. **Lagebericht, -meldung**
- b. **Meldeprotokolle**
- c. **Tagebuch, Protokollvorlage**
- d. **Ein- und Ausgangsnachweise**
- e. **Einsatzplan**
- f. **Beschaffungsübersicht**
- g. **Anweisung und Hilfestellung für „Telefonisten“ bzw. Telefonzentrale**
- h. **Vorlage zur Schadensaufnahme**

### M 9 Bereitstellen geeigneter Räumlichkeiten (A)

Die reaktive Bewältigungsorganisation des Notfallmanagements benötigt für ihre Arbeit geeignete Räumlichkeiten, die im Rahmen der Prävention festgelegt und bekanntgegeben werden. Der **Einsatzraum** ist der **Sammelpunkt** für **alle Mitglieder** der Notfallorganisation, die zur zentralen Steuerung benötigt werden.

Die **Beschaffenheit** und **Ausstattung** des Einsatzraums richtet sich nach **Größe und Besonderheiten der Institution**, möglichen **Gefährdungslagen** sowie **Art und Umfang** der Aufgaben und Prozes-

Übersicht relevanter  
Vorlagen und Werkzeuge

Einsatzraum für den Notfall

Beschaffenheit und Ausstattung  
des Einsatzraums

se. Beispielsweise kann der Hauptsitz einer Institution höhere Anforderungen an die Größe des Raums stellen als kleinere Niederlassungen. Je nach Art und Ausprägung des eingetretenen Vorfalls ist **situativ zu prüfen**, ob Anpassungen vorzunehmen sind oder ein alternativer Einsatzraum zur Bewältigung geeigneter ist. Zum Beispiel arbeitet die Notfallorganisation bei einem Gebäudebrand verteilt: ein Teil direkt am betroffenen Gebäude (Räumungshelfer), ein Teil bei der Einsatzleitung der Feuerwehr, ein weiterer Teil koordiniert die Bewältigung aus dem Einsatzraum.

Die Notfallorganisation verfügt über eine **geeignete Ausweichloka- tion, falls ein Standort** aufgrund des eingetretenen Szenarios **nicht genutzt werden kann** bzw. nicht funktionsfähig ist.

Alle **Räumlichkeiten sind in regelmäßigen Abständen** auf ihre Funktionsfähigkeit **zu überprüfen**.

#### **M 10 Identifizieren des Schulungsbedarfs (A)**

Der **Schulungsbedarf** der Mitglieder der Notfallorganisation **definiert sich durch** die spezifischen **Anforderungen** des **institutionseigenen Reaktionsmanagements**, die **Gefährdungslage** und die persönlichen **Erfahrungen und Fertigkeiten** der Mitglieder.

Für **alle** involvierten **Personen der Notfallbewältigung** ist somit eine **Analyse** des erforderlichen **Schulungsbedarfs durchzuführen**. Der **identifizierte Bedarf** im Hinblick auf Ausbildung, Weiterentwicklung und Festigung der Fertigkeiten geht als steuernde Grundlage in die **konzeptionelle Ausprägung des Schulungskonzepts**<sup>5</sup> ein.

#### **M 11 Durchführen von Schulungen (A)**

Entsprechend dem Bedarf und dem Schulungskonzept erhalten die **bestehenden** und **vorgesehenen Personen der Notfallbewältigung** Schulungen. Die Mitglieder der Notfallorganisation erhalten eine **Bestätigung der Teilnahme** an der jeweiligen Schulung.

Identifizierung von Schulungsbedarfen

Schulungskonzept

Durchführung von Schulungen

<sup>5</sup> Siehe hierzu Wirtschaftsgrundschutzstandard 2000-2, Anhang A2.

Die **Leitung der Institution benennt** eine verantwortliche **Rolle zur Koordination der Schulungen**. Stehen interne Schulungsträger zur Verfügung, ist zu überprüfen, ob diese für die Umsetzung eingebunden werden können.

### M 12 Entwickeln eines Übungsprogramms (B)

Das **Übungsprogramm<sup>6</sup> definiert** die verschiedenen **aufeinander aufbauenden Übungstypen** und **beschreibt deren Komplexität und Häufigkeit**. Das Übungsprogramm umfasst hierbei sowohl eher ablauf- und funktionsorientierte Tests als auch handlungsorientierte Übungen. Die **Grundlage** für die Entwicklung stellt **die Identifikation des allgemeinen Übungsbedarfs in der Institution** dar. Hierfür können ebenfalls die Ergebnisse der Analysephase genutzt werden (vgl. Maßnahme M 1), um die Anforderungen bestimmter Notfallszenarien mit den grundsätzlichen Bewältigungsfähigkeiten der Institution abzugleichen. Das **Übungsprogramm überprüft** somit gezielt die **Maßnahmen** des Notfallmanagements auf deren **Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit**. Innerhalb des Übungsprogramms sind **mindestens** die folgenden **Dokumente, Maßnahmen und Organisationen** durch geeignete Übungs- und Testarten zu überprüfen:

- a. **Alarmierungs- und Eskalationswege**
- b. **Notfalltreffpunkte**
- c. **Notfallprozeduren**
- d. **Notfallpläne**
- e. **Handlungsfähigkeit der Notfallorganisation inkl. Überprüfung der Notfallkommunikation**
- f. **weitere präventive und reaktive Sicherheitsmaßnahmen**

Die **Komplexität** der einzelnen Übungen und Tests **steigt** über den wachsenden Reifegrad des Notfallmanagements an und überprüft somit zunehmend tiefergehende Abläufe und Maßnahmen.

Die **Leitung** der Institution **benennt** eine **verantwortliche Person** für die Erstellung und Pflege des Schulungsprogramms.

Aufgabe der Institutionsleitung

Ziele des Übungsprogramms

Aufgabe der Institutionsleitung

<sup>6</sup> Siehe hierzu Wirtschaftsgrundschutzstandard 2000-3, Kapitel 6.



### M 13 Durchführen von Übungen (A)

Das **praktische Anwenden** des im Rahmen der Schulungen vermittelten Wissens **in einer gesicherten Umgebung ist der wesentliche Lernfaktor der Notfallorganisation**. Übungen stellen der Notfallorganisation diese Möglichkeit zur Verfügung. Eine Übung plausibilisiert und verifiziert zudem die vorhandene Dokumentation und ermöglicht die Identifikation von Optimierungsmöglichkeiten.

Die **Leitung** der Institution **benennt** eine verantwortliche **Rolle zur Koordination der Vorbereitung und zur Durchführung der Übungen**.

Die einzelnen Bestandteile eines Übungsprogramms, wie zum Beispiel die verschiedenen Übungsarten oder die Phasen zur Planung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Übungen, **können dem übergeordneten Standard 2000-3 entnommen werden**.

### M 14 Einbeziehen von Schnittstellen (C)

Notfallmanagement weist eine **hohe Anzahl** an **Schnittstellen** zu anderen **Sicherheitsthemen** auf. So bestehen z. B. Anforderungen anderer Themen an das Notfallmanagement, aber auch Synergien im Austausch zwischen den einzelnen Themen. Mögliche Schnittstellen sind z. B.:

- a. **Austausch mit der Informationssicherheit zu den Anforderungen an den Notbetrieb**
- b. **Austausch mit der physischen Sicherheit**
- c. **Einbeziehung des Arbeits- und Brandschutzes**
- d. **Abstimmung zu den Gefahren und Anforderungen an die Gefahrenstoffsicherheit**

**Soweit keine verantwortliche Person** für den Aufbau des Notfallmanagements **benannt** ist, **wird durch** die **Leitung** der Institution eine verantwortliche **Rolle zur Abstimmung mit den Schnittstellenthemen benannt**. Diese führt dann je nach Komplexität, Art, Umfang und Reifegrad der Sicherheitsthemen Abstimmungen zur effektiven Zusammenarbeit durch.

Aufgabe der Institutionsleitung

Aufgabe der Institutionsleitung

# 5 Weiterführende Informationen

Weiterführende Informationen zum Notfallmanagement können den nachfolgenden Veröffentlichungen<sup>7</sup> entnommen werden.

- *British Standards Institution: Crisis management - Guidance and good practice BS 11200:2014*
- *Business Continuity Institute (BCI): The Good Practice Guidelines 2013*
- *International Organization for Standardization: Societal security - Business continuity management systems - Requirements ISO 22301:2012*
- *International Organization for Standardization: Societal security - Business continuity management systems - Guidance ISO 22313:2012*
- *International Organization for Standardization: Societal security - Emergency management - Requirements for incident response ISO 22320:2011*
- *Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Standard BSI 100-4 Notfallmanagement, [https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/ITGrundschutz/ITGrundschutzStandards/Standard04/ITGStandard04\\_node.html](https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/ITGrundschutz/ITGrundschutzStandards/Standard04/ITGStandard04_node.html)*
- *Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Umsetzungsrahmenwerk zum Notfallmanagement nach BSI-Standard 100-4, <https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/ITGrundschutz/ITGrundschutzStandards/Umsetzungsrahmenwerk/umra.html>*

---

<sup>7</sup> Links zuletzt am 06.03.2017 auf Funktionalität geprüft.

# 6 Anlage

Das Wichtigste auf einen Blick (Themenübersicht)

<b>Analyse</b> Identifizieren der geschäftskritischen Faktoren und von Bedrohungen mit besonderem Notfallpotential	<b>Notfallorganisation</b> Organisationsstruktur Aufbau Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Aufgaben	<b>Dokumentation</b> Notfallhandbuch Notfallplan Alarmierungskonzept Alarmierungsplan szenariospezifische Checklisten Vorlagen und Werkzeuge
	<b>Infrastruktur</b> Einsatzraum	
	<b>Übungswesen</b> Entwickeln eines Übungsprogramms Übungsdokumentation	<b>Schulungswesen</b> Identifizieren des Schulungsbedarfs Durchführen von Schulungen

## Maßnahmenübersicht und -kategorien

A - Basismaßnahmen	B - Standardmaßnahmen	C - erweiterte Maßnahmen
M 1 Identifizieren der Gefährdungen mit besonderem Notfallpotential M 2 Definieren einer geeigneten Notfallorganisation M 3 Erstellen eines Notfallhandbuchs M 4 Erstellen von Notfallplänen M 9 Bereitstellen geeigneter Räumlichkeiten M 10 Identifizieren des Schulungsbedarfs M 11 Durchführen von Schulungen M 13 Durchführen von Übungen	A + M 6 Erstellen eines Alarmierungskonzepts und Alarmierungsplans M 7 Bereitstellen ergänzender Informationen und Pläne M 12 Entwickeln eines Übungsprogramms	A und B + M 5 Erstellen von Notfallprozeduren M 8 Bereitstellen aller notwendigen Vorlagen und Werkzeuge M 14 Einbeziehen von Schnittstellen

# Danksagung

Wir bedanken uns bei den vielen Experten, die ihr Fachwissen bei der Erstellung dieses Bausteins einfließen ließen und durch ihr Engagement die Entstehung erst ermöglicht haben. Insbesondere gilt unser Dank folgenden Autoren und Mitwirkenden: Herr Uwe Grams, Herr Stefan Riegel, Herr Mathias Köppe, Herr Matthias Müller (HiSolutions AG).

---

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Bundesamt für Verfassungsschutz  
Merianstraße 100, 50765 Köln  
[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

### **Herausgeber**

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)  
Godesberger Allee 185-189, 53175 Bonn  
[www.bsi.bund.de](http://www.bsi.bund.de)

### **Herausgeber**

ASW Bundesverband  
Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e.V.  
Rosenstraße 2, 10178 Berlin  
[asw-bundesverband.de](http://asw-bundesverband.de)

### **Redaktion/Bezugsquelle/Ansprechpartner**

Prof. Timo Kob (Gesamtprojektleitung)

### **Gestaltung, Produktion**

HiSolutions AG

### **Stand**

April 2017

### **Auflage**

1. Auflage

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

---